

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD

BEZIRK  
HESSEN-NORD

SPD



FOTO: BÜRO GREMMELS

## Liebe Leserinnen, liebe Leser.

Die SPD geht bei der Findung ihrer künftigen Parteispitze neue Wege. Nicht mehr ein kleiner Kreis in Berlin bestimmt, wer auf dem nächsten Bundesparteitag als Nachfolger\*in von Andrea Nahles antritt, sondern die Parteibasis. Das ist gut so! Neu ist auch die Möglichkeit, als Doppelspitze anzutreten. Diese Möglichkeit kommt so gut an, dass nur Zweier-Teams antreten. Insgesamt acht Kandidatenpaare stellen sich dem parteiinternen Wettbewerb. Unter ihnen auch das Team Kampmann/Roth, das vom nordhessischen SPD-Bezirksvorstand bereits ganz zu Beginn des Bewerbungsverfahrens nominiert wurde. Ich bin mir sicher, dass wir mit der ehemaligen NRW-Familienministerin Christina Kampmann und unserem nordhessischen Europastaatsminister und Bad Hersfelder Bundestagsabgeordneten Michael Roth ein hervorragendes inhaltliches und personelles Angebot an die bundesweit rund 450.000 Genossinnen und Genossen machen.

Wenn ihr Euch selbst einen Eindruck von allen Kandidaten verschaffen wollt, kommt zur nordhessischen Regionalkonferenz am 16. September nach Bad Hersfeld. Wenn wir die nächsten Wochen auf den 23 Regionalkonferenzen mit Leidenschaft, Inhalten und Zuversicht über die Zukunft der SPD diskutieren, kann dieses Verfahren ein echtes Aufbruchsignal sein. Wir sollten uns diese neue Form der Mitgliederbeteiligung nicht zerreden lassen. Entscheidend ist, was wir daraus machen!

Seit Anfang August hat der SPD-Bezirk Hessen-Nord mit Tim Herbst wieder einen leitenden Bezirksgeschäftsführer. Nach dem plötzlichen Tod von Wilfried Böttner im Februar diesen Jahres haben wir die Stelle neu ausgeschrieben. Tim hat zuvor die SPD-Geschäftsstelle Waldeck-Frankenberg geleitet und bei der Bundeswehr eine Verwaltungsausbildung absolviert. Ich wünsche Tim im Namen des Bezirksvorstands alles Gute bei seiner herausfordernden neuen Aufgabe und danke Ilona Holstein, die über ein halbes Jahr die Bezirksgeschäftsstelle kommissarisch geleitet hat. ■

Euer

Timon Gremmels, MdB  
Bezirksvorsitzender



Sollen die SPD mit frischen Ideen zu neuem Selbstbewusstsein führen: Michael Roth und Christina Kampmann. FOTO: MICHAEL FARKAS

## ROTH UND KAMPMANN FÜR PARTEIVORSITZ NOMINIERT

### Kandidatur für Doppelspitze

**D**er SPD-Bezirksvorstand hat mit einem eindeutigen Votum den nordhessischen Bundestagsabgeordneten und Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Roth und die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Christina Kampmann für den Vorsitz der SPD im Rahmen einer Doppelspitze nominiert.

Als der SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord vor wenigen Wochen sein Votum fasste und den Vorschlag beim Parteivorstand einreichte, waren Roth und Kampmann das erste offizielle Team für die SPD-Doppelspitze.

„Mit Michael Roth haben wir einen erfahrenen Sozialdemokraten, der weiß wie man für die SPD auch in schwierigen Zeiten noch Wahlen gewinnt. Seit 20 Jahren hat er stets mit den bundesweit hervorragenden Erststimmenergebnissen seinen Wahlkreis direkt gewonnen. Er ist Europäer mit Leib und Seele sowie ein großartiger Wahlkämpfer, der Menschen für sich und der SPD gewinnen kann“ unterstrich der SPD-Bezirksvorsitzende.

Auch Christina Kampmann habe bei Bundes- und Landtagswahlen bewiesen, dass sie für unsere Partei kämpfen und gewinnen kann.

Neben der Sozialpolitik sei der ehemaligen Ministerin für Familie, Jugend, Sport und Kultur des Landes NRW, die Digitalpolitik ein besonderes Anliegen. Sie streite für einen digitalen Wandel, der technische Innovation in sozialen Fortschritt übersetzt.

„Christina Kampmann und Michael Roth wollen sich nicht mit den zunehmenden Spaltungen und Ungleichheiten in unserer Gesellschaft abfinden, sondern diese überwinden. Sie stehen für eine

Regulierung des Turbo-Kapitalismus. Sie wollen den digitalen Wandel sozial gestalten mit sicheren Arbeitsplätzen und einer gerechten Verteilung der Wertschöpfung.

Weil auch der Klimaschutz eine soziale Frage ist, weltweit, wollen sie ihn solidarisch anpacken und auch hier Jobs, Wohlstand, Innovation und soziale Gerechtigkeit miteinander verbinden. Damit stehen Michael Roth und Christina Kampmann für Positionen, die die nordhessische SPD seit vielen Jahren vertritt“, so Gremmels.

Michael Roth und Christina Kampmann seien in ihrer jeweiligen Region gut verankert und mit den Ängsten und Sorgen der Menschen vertraut. Sie kennen die politische Arbeit in ihrer ganzen Vielfalt: Haupt- und ehrenamtlich, im Parlament und in Ministerium, in der Opposition und in Regierungsverantwortung, in Bund und Land, in der Stadt und im ländlichen Raum. Sie bringen sowohl die notwendige Erfahrung, wie auch frische Ideen mit, die der SPD und ihren Mitgliedern neues Selbstbewusstsein geben kann.

„Der SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord sieht in der Nominierung des Teams Kampmann/Roth ein Angebot an die SPD, ihren Markenkern als progressive, linke Volkspartei wieder zu beleben, sie zu neuem Selbstvertrauen, neuer Glaubwürdigkeit und neuer Stärke zu führen“, sagte Bezirksvorsitzender Timon Gremmels.

Für den 16. September lädt der SPD-Bezirk Hessen-Nord zu einer Regionalkonferenz nach Bad Hersfeld ins „wortreich“ ein, auf der sich alle Bewerberinnen und Bewerber für den SPD-Parteivorsitz der Diskussion und den Mitgliedern stellen werden. ■

## DEN FEINDEN DER DEMOKRATIE NICHT DIE STRASSEN UND PLÄTZE ÜBERLASSEN

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zeigten Flagge gegen Rechts



**G**emeinsam mit zahlreichen weiteren Initiativen hatte der SPD-Bezirk Hessen-Nord zur Teilnahme an der Gegendemonstration zum Aufmarsch der Partei „Die Rechte“ in Kassel aufgerufen.

Ausgerechnet am 75. Jahrestag des

gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler wollten die Feinde der Demokratie die im Grundgesetz verbrieft Demonstrationsfreiheit für die Verbreitung ihres rechtsextremistischen Gedankenguts und die Verhöhnung der Opfern rechter Gewalt - wie Dr. Walter Lübcke - missbrauchen.

Dem wollten viele Demokraten nicht tatenlos zusehen. Daher zeigten gemeinsam mit tausenden anderen Demonstranten aus Gewerkschaften und Initiativen viele Sozialdemokraten aus Nordhessen Flagge für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in unserer Region. ■

## TIM HERBST IST NEUER LEITENDER BEZIRKSGESCHÄFTSFÜHRER DER SPD HESSEN-NORD

**I**n seiner Sitzung Mitte Juni hat der SPD-Bezirksvorstand Hessen-Nord über die Neubesetzung der Position des Leitenden Bezirksgeschäftsführers entschieden.

Am 1. August hat Tim Herbst aus Gudensberg seine Tätigkeit im Wilhelm-Pfannkuch-Haus in Kassel aufgenommen.

Der 34-jährige Tim Herbst ist verheiratet und hat eine Tochter. Seit 2010 ist er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

In seinem Heimatort Gudensberg hatte er verschiedene Ämter und Funktionen für die Sozialdemokraten ausgeübt. Derzeit ist er Stadtverbandsvorsitzender der SPD und Stadtverordneter.

Tim Herbst ist mit dem SPD-Bezirk Hessen-Nord, den politischen Strukturen

im Bezirk, mit den Mandatsträgern, den Kolleginnen und Kollegen in den Geschäftsstellen und mit unserer Mitgliedschaft bereits bestens vertraut, denn er war bereits seit 2017 Geschäftsführer im SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg.

Zuvor war er zwischen 2002 und 2014 Soldat auf Zeit, letzter Dienstgrad Hauptfeldwebel, mit der Tätigkeit als Personalfeldwebel/Personalreferent Hauptfeldwebel bei der Bundeswehr in Minden, Köln und Fritzlar.

Zwischen 2004 und 2006 hat er eine Ausbildung zum Bürokaufmann absolviert. Er ist geprüfter Personalfachkaufmann und Ausbilder nach der Ausbilder-eignungsverordnung.

Von 2013 bis heute hat Tim Herbst

außerdem ein Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Kassel absolviert, das er in Kürze abschließen wird.

Daneben war Tim Herbst in 2016 Studentischer Mitarbeiter im Wahlkreisbüro Dr. Edgar Franke MdB und von 2017 bis 2019 Büroleiter im Wahlkreisbüro Esther Dilcher MdB, in 2018 und 2019 Mitarbeiter im Europabüro Martina Werner MdEP.

Nach dem Tod Wilfried Böttners hatte Tim Herbst außerdem seit Februar 2019 im SPD-Bezirk Hessen-Nord die Federführung für den Europawahlkampf übernommen.

Wir wünschen Tim Herbst viel Erfolg in seiner neuen Tätigkeit und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit. ■



Tim Herbst

FOTO: PRIVAT

## WIR WOLLEN DEN WERT DER ARBEIT SCHÜTZEN

Timon Gremmels MdB: Bilanz des Mindestlohns fällt positiv aus

**I**n diesem Sommer jährt sich zum fünften Mal der Beschluss des Bundestages zur Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Es war eine große und tiefgreifende Reform. Für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeutete sie eine spürbare Gehaltserhöhung und mehr Respekt für ihre Arbeit. Zum 1. Januar 2020 steigt der Mindestlohn auf 9,35€ die Stunde. Auf diese große Arbeitsmarktreform ist die SPD zu Recht stolz!

Heute wissen wir, dass die Argumente

der Mindestlohn-Gegner falsch waren. Der Mindestlohn hat keine Arbeitsplätze gekostet. Seit 2015 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angestiegen und die Arbeitslosigkeit gesunken. Das zeigt: Unser Land braucht keine Billiglöhne, um erfolgreich zu sein. Wirtschaftlicher Erfolg beruht auf guten Produkten aus guter Arbeit und einer Tarifpartnerschaft, in der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zusammenarbeiten.

Das Ziel der SPD ist, den Wert der Arbeit zu schützen. Dafür haben wir in dieser Le-

gislaturperiode bereits sehr viel erreicht.

Wir verbessern den Zugang zu Weiterbildung und Qualifikation, damit alle Erwerbstätigen mit dem technologischen Wandel Schritt halten können.

In der Pflege sorgen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen.

Mit dem Sozialen Arbeitsmarkt schaffen wir neue Beschäftigungschancen für Langzeitarbeitslose.

Wir stabilisieren das Rentenniveau und sorgen dafür, dass die Renten der Lohnentwicklung wieder stärker folgen. ■



Timon Gremmels MdB

FOTO: BÜRO GREMMELS

GLÜCKWUNSCH!

**Dieter Bodenbach**  
aus Kassel  
**Adelheid Welker**  
aus Edermünde  
**Karl Schmidt**  
aus Frankenberg  
zu 50 Jahren  
Parteimitgliedschaft

**Willi Mohr**  
aus Edermünde  
zu 60 Jahren  
Parteimitgliedschaft ■



## MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR PFLEGEPERSONAL UND PFLEGENDE ANGEHÖRIGE

Dr. Daniela Sommer fordert Landesregierung zu mehr Handlung auf

**F**ür Dr. Daniela Sommer, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, steht das Thema Gesundheit im Fokus ihrer politischen Arbeit. Besonders die Themen der besseren Ausstattung von psychiatrischen Kliniken und die Entlastung von Pflegebedürftigen und deren pflegende Angehörige beschäftigten die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in den vergangenen Wochen. „In diesen Bereichen herrscht akuter Handlungsbedarf“, ist sie überzeugt.

„Wir haben das Gespräch mit Expertinnen und Experten aus psychiatrischen Kliniken gesucht, um uns ein Gesamtbild zu verschaffen und nicht nur auf Medienberichte zu reagieren“, erklärt Daniela Sommer ihr Vorgehen. „Die Anhörung zeigt, dass es Handlungsbedarf gibt. Wir werden uns dafür einsetzen, die Bedingungen für Patienten wie Mitarbeiter zu verbessern“, verspricht sie. Punkte wie

die Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes und auch die Wahrnehmung von Überlastungsanzeigen beim Pflegepersonal müssen dringend Beachtung finden: „Psychiatrische Pflege ist Betreuungsarbeit und muss für alle Beteiligten menschenwürdig erfolgen.“ Um hier Abhilfe leisten zu können, brauchen die Kliniken dringend mehr Personal, eine bedarfsgerechte Personalplanung und ein solides Ausfallmanagement.

Ein weiteres Thema, das Daniela Sommer am Herzen liegt, ist die bessere Unterstützung Pflegebedürftiger und deren Angehörigen bei der Bewältigung ihres Alltags. Hier sieht sie besonders die schwarzgrüne Landesregierung in der Pflicht, dies umzusetzen. „Rund 225.000 Menschen sind in Hessen auf Pflege angewiesen“, fasst Sommer zusammen. „76 Prozent von ihnen leben zu Hause, etwa die Hälfte davon wird ausschließlich von

Angehörigen versorgt.“ Zwar wurden mit den Pflegestärkungsgesetzen einige unterstützende Maßnahmen auf den Weg gebracht, doch häufig käme die vom Bundesgesundheitsministerium gewollte Entlastung bei vielen betroffenen Familien in Hessen nicht an. Der Grund liegt darin, dass keine ausreichenden Kapazitäten für Angebote zur Unterstützung und Entlastung zur Verfügung stünden. Daniela Sommer forderte mehr Initiative von Seiten der Landesregierung: „Es müssen mehr Angebote geschaffen und anerkannt werden - auch im Bereich der Nachbarschaftshilfe. So geht zum Beispiel das Bundesland Sachsen einen vorbildhaften Weg.“ Nur so könne für ein breites Mitwirken von potenziellen Anbietern in den unterschiedlichen Bereichen gesorgt werden. „Das ist der einzige Weg, den Bedarf zu decken und Pflegebedürftige und ihre Angehörigen wirklich zu entlasten.“ ■



Dr. Daniela Sommer Mdl.

FOTO: BÜRO SOMMER

## SPD STEHT AN DER SEITE DER KOMMUNEN

Wolfgang Decker MdL zu „Starke Heimat Hessen“

**D**er Hessische Städtetag hat in einer Pressekonferenz das von der schwarzgrünen Landesregierung geplante Gesetz „Starke Heimat Hessen“ scharf kritisiert und bereits mit rechtlichen Konsequenzen gedroht, sollte die Landesregierung das Gesetz tatsächlich einführen. In Vertretung aller Hessischen Städte äußerten sich der Oberbürgermeister der Stadt Kassel, die Bürgermeister von Hanau, Fulda, Frankfurt und Darmstadt sowie der Stadtkämmerer von Darmstadt. Sie bezeichneten das geplante Gesetz als einen „Etikettenschwindel“ und einen „Raubzug gegen die Kommunen“. Allein die Stadt Kassel hätte eine Einnahmeeinbuße von fast 9 Mio. Euro, obwohl ihr die Gewerbesteuer zusteht.

Der Kasseler SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Decker stellt sich an die Seite des Kasseler Oberbürgermeisters und der Kommunen. Decker sagte dazu: „Die Welle der Empörung über die Heimatumlage steigt immer höher. In einer einmütigen und parteiübergreifenden Geschlossenheit haben die Oberhäupter der hessischen Städte deutlich gemacht, dass sie die geplante Heimatumlage der Landesregierung nicht akzeptieren und sich gemeinsam gegen die Einführung dieses Gesetzes zur Wehr setzen werden, zur Not auch vor dem Staatsgerichtshof.“ Das Gesetz „Starke Heimat Hessen“, sei nicht etwa, wie der Name wohl versprechen solle, eine Stärkung sondern eine Schwächung der Kommunen, so Decker. Es sei zudem ein Eingriff in die Kom-

munale Selbstverwaltung und bedeute zusätzliche Bürokratie.

„Die Kommunen sind gegen das Gesetz „Starke Heimat Hessen“, völlig unabhängig ob sie groß oder klein, reich oder arm sind und von welcher Partei sie regiert werden. Man hat selten eine so breite Ablehnung der kommunalen Familie zu einer schwarzgrünen Initiative erlebt“, sagte der SPD-Abgeordnete.

Die Hessischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hätten bewiesen, dass sie sich nicht einfach von CDU und Grünen das Geld wegnehmen ließen. „Die Fraktionen von CDU und Grünen sollten ihren Gesetzesentwurf schleunigst zurückziehen, um nicht noch größeren Schaden anzurichten“, appellierte Decker. ■



Wolfgang Decker MdL

FOTO: BÜRO DECKER

## REFORM DES GRUNDSTEUER-UND BEWERTUNGSRECHTS

Esther Dilcher MdB und Dr. Edgar Franke MdB

**D**er Bundestag hat die Grundsteuerreform in erster Lesung beraten. Das ist ein wichtiger Etappenschritt, um die Grundsteuereinnahmen von etwa 15 Milliarden Euro im Jahr für die Kommunen auch weiterhin sicherzustellen. Die Berechnung der Grundsteuer wird sich auf Bundesebene weiterhin am Wert der Grundstücke orientieren. Mit dem Modell von Bundesfinanzminister Olaf Scholz wird die Grundsteuer einfacher, gerechter und zukunftsfähig.

Wir sichern mit dem Gesetzespaket die finanzielle Grundlage der Städte und Gemeinden, denn ohne eine Neuregelung wäre die Grundsteuer wegen der Recht-

sprechung des Bundesverfassungsgerichtes als wichtigste Einkommensquelle der Kommunen zum 31. Dezember 2018 weggefallen. So sichern wir für die Städte und Gemeinden auch weiterhin ausreichend Gelder für Schulen, Kitas, die übrige Daseinsvorsorge und Investitionen in die örtliche Infrastruktur.

Die bisherige Berechnung der Grundsteuer basiert auf Jahrzehnte alten Grundstückswerten. Die Werte von Grundstücken und Gebäuden haben sich jedoch seit 1964 im Westen und 1935 im Osten sehr unterschiedlich entwickelt. Gegenwärtig werden dadurch für vergleichbare Immobilien sehr unterschiedliche Steuer-

zahlungen fällig.

Als Grundlage der Bemessung der Grundsteuer sollen auch zukünftig vor allem der Wert des Bodens und die durchschnittlich gezahlte Miete am jeweiligen Standort dienen.

Hinzu kommt: Immobilien des sozialen Wohnungsbaus, kommunale sowie gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften sollen unter bestimmten Voraussetzungen durch einen zusätzlichen Abschlag auf die Steuermesszahl bei der Grundsteuer begünstigt werden.

Das ist sozialdemokratische Politik für die Menschen! ■

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord  
Humboldtstr. 8 A  
34117 Kassel  
Fon 0561/7001013  
Fax 0561/7001088  
bezirk.hessen-nord@spd.de  
www.spd-hessen-nord.de